



Anwohnerin Christine Krause und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter haben zuletzt Klage gegen eine Baugenehmigung des Berliner Senats eingelegt

Frühling der Bürgerinitiativen in Marzahn-Hellersdorf

Anwohnerinnen und Anwohner streiten allerorten für Kiezinteressen

Passend zur Jahreszeit schießen in den letzten Monaten im gesamten Bezirk Marzahn-Hellersdorf neue Bürgerinitiativen aus dem Boden – wie die Frühlingsblumen! Meist sind es überdimensionale Neubauprojekte – auch bekannt als Nachverdichtung –, die die Anwohnerschaft dazu bringen, sich zu organisieren und für ihre Interessen zu streiten.

Lassen Sie uns mit einer kleinen Aufzählung beginnen – natürlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Die Anwohnerinitiative Helene-Weigel-Platz kämpft seit Dezember 2023 für den Erhalt des Helene-Weigel-Platzes in

seiner jetzigen Ausgestaltung. Die Initiative an der Allee der Kosmonauten 155 möchte Umfang und Höhe eines Neubauprojekts vor der Haustüre begrenzen – sie existiert seit Sommer 2024. Am Hellersdorfer Cecilienplatz starteten Anwohnerinnen und Anwohner mit Gewerbetreibenden im Sommer 2024 eine Unterschriftenaktion, hier nicht gegen einen Neubau, sondern für Versiegelung und Abriss einer verrottenden Ruine. Jüngstes Mitglied im Klub ist die Initiative an der Hohensaatener Straße in Marzahn-Ost. Sie gründete sich im März 2025 und organisiert seither Protest gegen geplante Hochhäuser.

Auch die Anwohnenden im Bürgerbeirat „Zukunft Tal-Center“ kämpfen weiter für transparente Bürgerbeteiligung. Der Bürgerbeirat existiert seit Oktober 2023.

Die Parallelen sind bemerkenswert: Nicht nur die Themen ähneln sich, sondern auch die Mittel der Anwohnerinnen und Anwohner: öffentlichkeitswirksame Protestaktionen, Unterschriftensammlungen, Einwohneranträge. Allein 2025 wurden bereits drei Einwohneranträge mit jeweils über 1.000 Unterschriften eingereicht – von der AdK 155 im Februar, dem Helene-Weigel-Platz im März und der Hohensaatener Straße im Mai.

Und noch eine Ähnlichkeit gibt es: Fast immer war es erst die Untätigkeit des Bezirksamts, die die Anwohner ins Handeln brachte. Am Cecilienplatz etwa herrschte „kompletter Stillstand“, so Friseurmeister Daniel Reimann. „Deswegen haben viele Nachbarn begeistert reagiert.“

Aufbruchsstimmung allerorten also! Doch es ist erst Frühling – und die Früchte im Sommer wird es nicht geschenkt geben. Bisher wurde nur der Antrag zur AdK 155 beschlossen. Anträge, die den übrigen Anträgen ähnlich waren, wurden in der Vergangenheit vom Bezirksparlament abgelehnt – ähnliche Anträge der Linksfraktion scheiterten bereits an den Stimmen von CDU und SPD. Die Linksfraktion wünscht allen Beteiligten dennoch viel Erfolg – wie am Helene-Weigel-Platz, wo sich die Bezirks-CDU zuletzt den Forderungen annäherte.

Schluss mit der Realitätsverweigerung:

Endlich legale Bademöglichkeiten in Marzahn-Hellersdorf schaffen!

Die Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf setzt sich weiter für die Schaffung legaler Bademöglichkeiten an mindestens einem See im Bezirk ein. Während der Bau eines Freibads sich sehr wahrscheinlich um Jahre verzögern wird, betreibt das Bezirksamt fleißig Realitätsverweigerung: Denn an heißen Sommertagen strömen regelmäßig Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks zum Baden an die Kaulsdorfer Seen sowie an den Biesdorfer Baggersee. Das Bezirksamt duldet diese Nutzung. Das offizielle Verbot führt aber dazu, dass die Zustände an den Seen sich nicht verbessern können. Ohne Legalisierung - keine Toiletten, keine Sicherheit, Vermüllung und weiter sinkende Wasserqualität.

Die Diskussion um den Freibadbau und die Badestellen nahm zuletzt wieder Fahrt auf, nachdem der Berliner Senat Ende letzten Jahres in den Haushaltsplänen die Gelder fürs lange geplante Kombibad gestrichen hatte. Die Kurzversion: Das Geld reicht offenbar nur für eine einfache Typenschwimmhalle, nicht für die Kombination aus Schwimmhalle und Freibad. Die Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung, Heike Wessoly von der CDU, verschließt



allerdings weiter die Augen. Im Februar ließ ihr Amt ein Bebauungsplanverfahren einleiten: für ein sogenanntes „Multifunktionsbad Kienberg“ auf dem Hügelplateau im Jelena-Šantić-Friedenspark. Weil der Senat vorerst nur Geld für die Schwimmhalle bereitstellt, bleibt das Projekt ein Provisorium - Außenanlagen und Freibad werden bestenfalls nachträglich angebaut. Und statt zumindest vorübergehend Abhilfe durch eine legale Badestelle an einem See zu schaffen, werden

die Menschen im Bezirk lieber auf irgendwann vertröstet.

Wie wir wissen, kann das bei dieser Regierung noch ewig dauern. Nicht nur, dass Marzahn-Hellersdorf der einzige Bezirk ohne Freibad ist - sondern es fehlt dem Bezirksamt auch am nötigen Pragmatismus, um die Übergangszeit vernünftig zu überbrücken. 300.000 Bewohnerinnen und Bewohner brauchen im Sommer dringend legale Badeorte.



**Immer auf dem Laufenden bleiben:
Jetzt den Newsletter der
BVV-Fraktion abonnieren!**

www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/newsletter

Abkühlung wird zur sozialen Frage

Bezirksamt setzt falsche Prioritäten beim Hitzeschutz!

Auf Initiative der Linksfraktion wird im Sozialamt nun ein erster Trinkwasserspender eingerichtet. Das begrüßen wir sehr. Gerade Menschen, die in Ämtern lange warten müssen, sollen in den Wartebereichen Zugang zu kostenfreiem Trinkwasser haben. Doch dieser Schritt darf nicht isoliert bleiben. Auch Bürgerämter, Stadtteilzentren, Bibliotheken, Jugend- und Kultureinrichtungen brauchen entsprechende Angebote. Denn die Sommer werden immer heißer, und gesundheitlich besonders gefährdete Menschen trifft das am stärksten.

Der Berliner Senat hat dem Bezirk auch in diesem Jahr wieder 100.000 Euro zur Verfügung gestellt, um Maßnahmen zum Schutz vor extremer Hitze umzusetzen. Das Bezirksamt hätte damit wirksame Schritte einleiten können, etwa die Ausweisung kühler Orte, die Ausstattung von noch mehr öffentlichen Einrichtungen mit Trinkwasserspendern oder eine bessere Information der Bevölkerung. Diese Maßnahmen sind nicht neu – sie sind bereits im Hitzeaktionsplan vorgesehen, der von der Bezirksverordnetenversammlung im Frühjahr 2023 beschlossen wurde.

Umso enttäuschender ist es, dass die BVV bei der Entscheidung über die Verwendung der Mittel erneut nicht beteiligt wurde. Die Verteilung erfolgte hinter verschlossenen Türen, ohne die Vorschläge der gewählten Bezirksverordneten zu berücksichtigen. Auf unsere



Nachfrage, ob das künftig besser laufen werde, antwortete der zuständige Stadtrat nur ausweichend. Aus Sicht der Linksfraktion ist das unverständlich. Die BVV hat mit dem beschlossenen Hitzeaktionsplan bereits klare Prioritäten gesetzt, und es ist Aufgabe des Bezirksamts, diese auch umzusetzen.

Stattdessen konzentriert sich das Amt nur auf eigene Projekte. Dazu gehören ein Hitzeschutztelefon, das gemeinsam mit dem DRK betrieben wird, ein Leitfaden mit Verhaltenstipps und ein Kühlraum am Murtzener Ring. Diese Maßnahmen können kurzfristig helfen, sind aber nicht ausreichend, um die steigende Hitzebelastung im Bezirk wirksam abzufedern.

Auch die Beschäftigten in der Verwaltung bleiben außen vor – ihre Arbeitsbedingungen bei Hitze wurden bisher kaum berücksichtigt.

Neben kurzfristigen Maßnahmen braucht es auch langfristige Strategien. Der Bezirk muss mehr Bäume pflanzen und entsiegelte Flächen schaffen, damit Regenwasser besser gespeichert werden kann und sich die Umgebung abkühlt. Die Linksfraktion hat hierzu ein Entsigelungskonzept angeregt. Bisher fehlt es an Fortschritten. Wir erwarten, dass das Bezirksamt endlich handelt – transparent, konsequent und im Sinne aller Menschen im Bezirk.

Mehr Schulplätze durch Ausbau bestehender Schulgebäude

Wir als Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf schlagen dem Bezirksamt vor, zu prüfen, ob auf den typischen Schulgebäuden aus DDR-Zeiten zusätzliche Etagen aufgebaut oder Anbauten ergänzt werden können. In anderen Berliner Bezirken wurde das bereits erfolgreich umgesetzt, unter anderem an der Zille-Grundschule und der Modersohn-Grundschule in Friedrichshain.

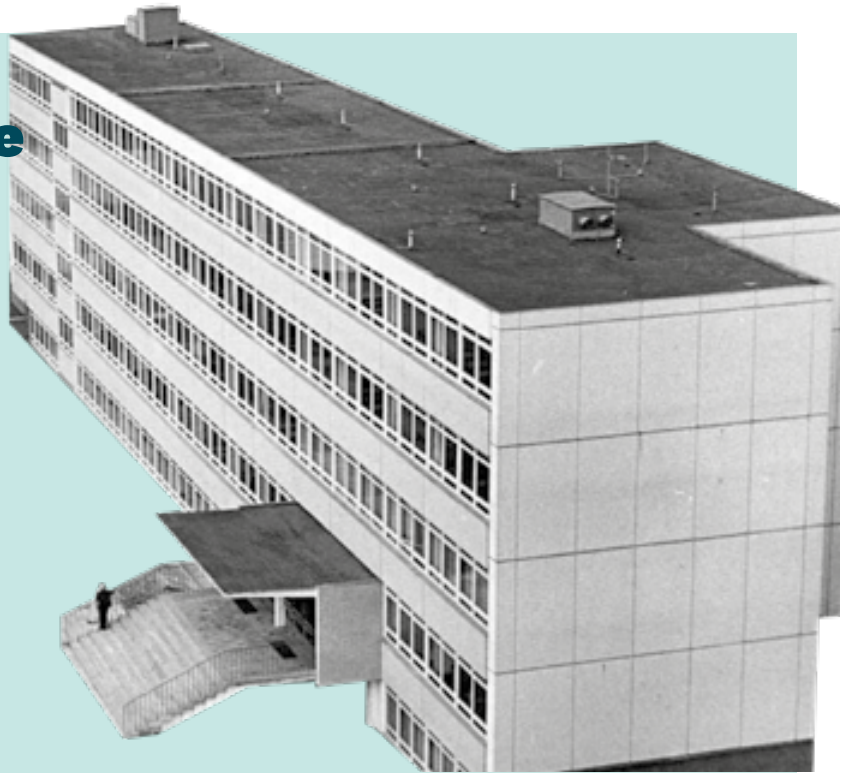
Diese Bauweise halten wir für eine sinnvolle Möglichkeit, um dem weiter wachsenden Bedarf an Schulplätzen im Bezirk zu begegnen. Besonders im Grundschulbereich ist die Lage angespannt. Derzeit fehlen über 2.000 Plätze, was dem Bedarf von vier bis fünf zusätzlichen Schulen entspricht. Wir setzen uns dafür ein, dass neben den erforderlichen Neubauten und modularen Ergänzungsbauten auch bestehende Gebäude zügig erweitert werden. So lassen sich schnell und vergleichsweise kostengünstig zusätzliche Kapazitäten

schaffen. Unsere Initiative wurde im Bezirksparlament positiv aufgenommen und wird nun in den zuständigen Ausschüssen weiter beraten.

Die alten Schulgebäude aus DDR-Zeiten wurden nach standardisierten Bauplänen errichtet. Diese einheitliche Bauweise bietet gute Voraussetzungen dafür, zusätzliche Stockwerke oder Räume zu ergänzen. Wir sehen darin eine Möglichkeit, vorhandene Flächen effektiv zu nutzen, ohne neue Standorte zu versiegeln. Unser Vorschlag passt auch gut zur Berliner Schulbauoffensive, dem größten Schulbauprogramm der Stadt. Seit Beginn der

Schulbauoffensive durch den rot-rot-grünen Senat 2016 wurden mehr als 44.000 neue Schulplätze geschaffen, durch neue Gebäude, modulare Ergänzungsbauten und die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Schulstandorte. Trotzdem reicht das Angebot in vielen Bezirken noch nicht aus. Besonders in Marzahn-Hellersdorf bleibt der Handlungsdruck hoch.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen, dass alle Kinder im Bezirk einen guten und wohnortnahen Schulplatz erhalten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, vorhandene Gebäude besser zu nutzen und durch gezielte Erweiterungen zu entlasten.



Kontakt zur Fraktion

**Die Linke Fraktion in der
BVV Marzahn-Hellersdorf**
Helene-Weigel-Platz 8,
12681 Berlin

☎ 030 902935820 | 0155 60020818
✉ linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de
🌐 kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de
📘 fb.com/LinksfraktionMarzahnHellersdorf
🐦 twitter.com/LinksfraktionMH

Sprechzeiten

Montag 15 - 17 Uhr
Dienstag 10 - 12 Uhr
Mittwoch 15 - 18 Uhr
Donnerstag 12 - 16 Uhr

